

Antrag Nr. 18-F-05-0025

FDP

Betreff:

Erzieherausbildung attraktiver machen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 25.05.2018 -

Antragstext:

Der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen hat in den letzten Jahren zu einer erheblichen Steigerung der Zahl betreuter Kinder und der Beschäftigtenzahl in Kindertageseinrichtungen geführt und dies wird im Rahmen des künftigen Ausbaus in Wiesbaden noch verstärkt der Fall sein. Gleichzeitig ist der Arbeitsmarkt in Hessen mittlerweile praktisch leer gefegt: Nach Angaben der Agentur für Arbeit standen im vergangenen Jahr 588 Arbeitssuchende 747 offene Stellen gegenüber. Von daher stellt sich für die Städte und Gemeinden in der Region zunehmend die Frage, wie qualifiziertes Personal entwickelt und gehalten werden kann. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat dies zwar erkannt und mit Beschluss Nr. 0210 vom 18.05.2017 den Magistrat mit der Erarbeitung eines diesbezüglichen Fachkräftekonzepts beauftragt, welches in der Sitzungsvorlage 18-V-51-0014 auch vorgestellt wurde. Dieses beschränkt sich in sehr wenigen Ausführungen jedoch auf die theoretische Möglichkeit von Werbemaßnahmen, Ausbildungsanleitung und der Zusammenarbeit zwischen den Fachschulen. Einen möglichen Hebel als Attraktivierungsmerkmal bietet hierbei die Bezahlung: Die Auszubildenden in den Erzieherberufen können in der Regel erst im dritten (praktischen) Ausbildungsjahr mit einem Gehalt rechnen, der schulische erste Abschnitt der Ausbildung wird dagegen nicht vergütet. Eine finanzielle Unterstützung in diesem Bereich könnte die Wiesbadener Einrichtungen im Wettbewerb um potentielle Azubis attraktiver machen, insbesondere, wenn diese sich im Gegenzug verpflichten, nach erfolgreicher Ausbildung für eine gewisse Zeit in einer Wiesbadener Kindertagesstätte tätig zu werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- I. ein Konzept zu entwickeln, welches für auszubildende Erzieher/innen in Wiesbaden eine ausbildungsbegleitende finanzielle Unterstützung ab 2020 vorsieht.
- II. Dabei soll insbesondere die Möglichkeit eines Umlagesystems geprüft werden, welches in Form eines Zuschlags auf die Betreuungsleistungen etabliert würde. Die Umlage könnte im gleichen Verhältnis von Stadt und Eltern getragen werden, wie bei den Kosten der Betreuungsplätze. Aus dem Pool der Umlagezuschüsse würde auszubildenden Erzieher/innen, die sich im Anschluss an die Ausbildung dazu verpflichten, in einer städtischen Kindertagesstätte tätig zu werden, für die Zeit der Ausbildung eine finanzielle Unterstützung zugesagt. Die Möglichkeit des Anschlusses freier Träger an das Umlagesystem soll geschaffen werden um den Umlagepool zu erhöhen bzw. die Zuschusshöhen reduzieren zu können. Die Unterstützung sollte nur geleistet werden, wenn vorvertraglich eine Anschlussbeschäftigung in einer umlagebeteiligten Kindertagesstätte für einen festzulegenden Mindestzeitraum (ggf. Rückzahlungsverpflichtung bei vorzeitiger Beendigung) vereinbart wurde. Das Verhältnis zwischen finanzieller Belastung von Stadt und Beitragszahlern sowie eines reizvollen Angebots für Erzieher/innen, in Wiesbaden tätig zu werden, soll dabei sozial ausgewogen sein.

Antrag Nr. 18-F-05-0025
FDP

III. Die Kosten sollen vorab dargestellt werden, um sie zum Doppelhaushalt 2020/2021 anmelden zu können.

Wiesbaden, 29.05.2018

Sebastian Rutten
Sprecher für Soziales und Gesundheit

Johannes Mellein
Fraktionsreferent